

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND • UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH

EXTRAUSGABE

KEINE ZUKUNFT OHNE WERTE:

VOR UNS DIE SCHWEREN JAHRE

Von Wilhelm v. GOTTBERG, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Was immer die Zukunft für die Deutschen und für Deutschland bringen wird – gewiß ist, daß die guten Jahre für eine oder auch zwei Dekaden der Vergangenheit angehören werden.

Auch in der Vergangenheit war die Entwicklung in unserem Land in Teilbereichen, wie zum Beispiel bei den Langzeitarbeitslosen oder bei der Ausbildungsplatzsituation, nicht nur positiv. Gleichwohl, die große Mehrheit der Menschen in unserer Republik hat gut verdient, gut konsumiert und den Aussagen der Politiker zur Stabilität des Sozialstaates vertraut. Das soziale Netz ermöglichte auch den wirtschaftlich Schwachen eine menschenwürdige Existenz.

Allerdings haben wir uns die guten Jahre der Vergangenheit durch die Ausstellung eines in der Zukunft fälligen Wechsels ermöglicht. Mittlerweile dämmert es den meisten: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Die Folgen sind noch nicht zu übersehen. Die gigantische Staatsverschuldung und der marode Zustand der Sozialkassen sind im Hinblick auf die eigentlichen Probleme dieser Republik nur kleine Problemchen. Schwerer wiegt, daß die große Masse der Menschen eine Anpruchsmentalität gegenüber der öffentlichen Hand entwickelt hat, von der nur eine mutige und wahrhaftige Politik sie herunterbringen wird. Die Verlogenheit gehört zum politischen System der Bundesrepublik, und sie zeigt sich zum Beispiel in der Feststellung der Politiker, es gelte nunmehr, den Sozialstaat umzubauen.

Nein, nicht Umbau, sondern Abbau des Sozialstaates ist die bittere Wahrheit und das Gebot der Stunde. Wir werden auf diesem Sektor in den nächsten Jahren einen Paradigmenwechsel erleben, wie er bisher unvorstellbar erschien. Der Beitragsstopp für die gesetzliche Krankenversicherung, Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser, Absenkung der Beamtenpensionen auf 71,25 Prozent, tendenziell sinkende Renten und anderes mehr sind erst die Vorboten einer Entwicklung, an deren Ende das ausgeferte Sozialstaatsprinzip des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf ein vertretbares Maß zurückgeführt sein wird. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land wird es durch die tiefen Einschnitte in die sozialen Besitzstände hart treffen. Dies festzustellen ist keine Panikmache, sondern eine Botschaft der Wahrheit und Klarheit, wie sie der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache von der Politik gefordert hat. Glücklicherweise können sich diejenigen schätzen, die zum Beispiel bei der Rente privat vorgesorgt haben, die Blüms zahlreichen Märchenstunden über die so sicheren Renten nicht geglaubt haben.

Noch ist der Inhalt des im Bundeskanzleramt konzipierten Strategiepapiers zur Reform der So-



Yorcks Ansprache an die preußischen Stände am 5. Februar 1813: Diese „Ruck-Rede“ hatte, im Gegensatz zur schon beinahe vergessenen von Bundespräsident Roman Herzog im Jahre 1997, langanhaltende Wirkung.

zialkassen nicht im einzelnen bekannt. Näheres dazu wird man erst nach Vorlage des Berichtes der Rürup-Kommission erfahren, die von der Bundesregierung berufen wurde, um Vorschläge zur Gesundung der überschuldeten sozialen Sicherungssysteme auszuarbeiten. Gleichwohl, es bedarf keiner prophetischen Begabung, um die Botschaft des Strategiepapiers vorzusagen: „Der Sozialstaat ist nicht mehr zu finanzieren, die Maschen des sozialen Netzes werden erweitert.“

Dies wird – generalisierend gesprochen – die offizielle Aussage des Strategiepapiers sein. Jede politische Nachricht enthält fast immer auch eine indirekte Botschaft. Die indirekte Botschaft des Strategiepapiers: „Es werden vermehrt Menschen durch das soziale Netz fallen, es wird sich eine Tendenz zur Verelendung der sozial Schwachen entwickeln, die zahlreichen karitativen Organisationen werden ihr Augenmerk zukünftig mehr auf die Situation der Schwachen im Lande rich-

sichtbar, weil hier die Massenarbeitslosigkeit höher ist und weil die 45jährige sozialistische Umgestaltung den kirchlichen karitativen Organisationen kein flächendeckendes Wirkungsfeld ermöglicht hatte. Man hatte ja die Volkssolidarität. Heute aber steht die Volkssolidarität als Einrichtung des Sozialstaates mehr oder weniger zur Disposition.

Niemand sagt den Menschen, daß die Prognose für die Zukunft der gesetzlichen Sozialversicherung düster ausfallen muß. Unser Land vergeist zunehmend, und diese Vergeistung wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten beschleunigen. Seit 1975 steht Deutschland an der Spitze der Länder mit der geringsten Geburtenrate. Dies galt auch für die DDR bis 1990. Die sozialen Sicherungssysteme werden durch alte Menschen belastet, denn sie sind die Kostgänger bei der Krankenversicherung und der Rentenversicherung.

Als die Renten noch sicher waren, entfielen auf einen Rentempfänger vier beitragszahlende Arbeitnehmer. Heute beträgt dieses Verhältnis eins zu zwei. Sofern es nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit und die Unsitte der Frühverrentung zu stoppen, wird in wenigen Jahren ein in die Rentenversicherung einzahlender Arbeitnehmer für die Rente eines Rentempfängers aufkommen müssen. Dies kann nicht funktionieren. Wir werden in Kürze über massive Rentenkürzungen und die Hinausschiebung des Renteneintrittsalters über das 65. Lebensjahr hinaus reden müssen.

Es ist nicht so, daß diese Erkenntnis gewissermaßen über Nacht als plötzliche Erleuchtung über die ver-

antwortlichen Politiker gekommen wäre. Professor Meinhard Miegel mit seinem Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn und andere haben seit mindestens 20 Jahren vor den katastrophalen Folgen der geringen bundesdeutschen Geburtenrate gewarnt. Die Kohl-Regierung mit dem zuständigen Sozialminister Blüm hat gemeint, diese Warnungen ignorieren zu können. Ja, sie hat das

**DIE BITTERE WAHRHEIT: IN UNSEREM LAND
GIBT ES – AUF ALLEN EBENEN –
KEINE FINANZIELLEN SPIELRÄUME MEHR**

Problem durch mißbräuchliche massenhafte Frühverrentung unter Mithilfe der Gewerkschaften verschärft. Schließlich hat die vormalige christlich-liberale Bundesregierung den bei jungen Deutschen nur mangelhaft ausgeprägten Willen zum Kind durch eine gravierende Benachteiligung der Familien mit Kindern noch gefördert. Das Bundesverfassungsgericht hat durch seine Rechtsprechung dafür gesorgt, daß die heutige Bundesregierung einige Nachteile der Mehrkinderfamilien beseitigen mußte.

Deutschland ist auf der weltweiten Wohlstandsrankliste vom dritten auf den sechzehnten Platz gefallen. Der Abstieg wird weitergehen. Über 40.000 Insolvenzen im vergangenen Jahr haben die Probleme auf dem Arbeitsmarkt verschärft und den notleidenden Mittelstand ins Blickfeld gerückt.

Kohls Behauptung, daß die Einführung des Euro Arbeitsplätze schaffe, war eine bewußt in Umlauf gebrachte Unwahrheit, um die Akzeptanz für den Euro zu verbessern. Jedem Gebildeten war klar, daß der Euro neue Arbeitsplätze schafft, aber nicht im Hochlohnland

Deutschland, sondern in Niedriglohnländern. Die Tendenz zur Verlagerung der Arbeitsplätze in diese Länder war vorhersehbar.

Jetzt erst erkennt die Politik – bei weitem noch nicht die gesamte politische Klasse –, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet ist. Mit Minijobs, Ausbau der Leiharbeit und Förderung der Selbständigkeit versucht man mehr schlecht als recht gegenzusteuern. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Merz nennt dies ein erstes Reförmchen, dem wirkliche Reformen folgen müssen.

Die zwischen den Zeilen stehende Botschaft des vielgepriesenen Hartz-Konzeptes lautet: Der Gürtel ist enger zu schnallen, das Pro-Kopf-Einkommen sinkt. Fazit: Mit den reduzierten Leistungen des Sozialstaates gehen zukünftig sinkende Arbeitseinkommen einher.

Die Haltung der Arbeitgeber bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wird durch das Diktat der leeren Kassen bestimmt.

Wer wie der Verdi-Anführer mit Streik droht, wenn die Gewerkschaftsforderungen beim Tarifpoker nicht erfüllt werden, handelt in höchstem Maße verantwortungslos und ganz gewiß nicht im Sinne des Gemeinwohls.

Die bittere Wahrheit für das neue Jahr muß den Menschen ungeschminkt verkündet werden. Unser Land ist finanziell auf allen Ebenen total fest. Es gibt keine finanziellen Spielräume mehr. Weder beim Bund noch bei den Ländern und schon gar nicht bei den Kommunen.

Auch mit mehr Wirtschaftswachstum ist dies Dilemma nicht zu beseitigen, allenfalls ein wenig zu mildern. Der Druck, Steuern und Abgaben zu erhöhen, wird anhalten. Zusätzlich bedrückend an dieser Situation ist die Tatsache, daß unser Land im Rahmen der EU-Osterweiterung bis 2013 steigende finanzielle Verpflichtungen eingegangen ist. Der Druck, Steuern und Abgaben zu erhöhen, wird dadurch noch größer. Eine Mehrwertsteuererhöhung wird kommen. Ein Land, das sich gegenüber dem Ausland human zeigt, muß zwangsläufig nach innen inhuman sein.

Der Aufbau der mitteleuropäischen Länder ist noch nicht beendet. Folgerichtig soll der Finanztransfer von West nach Ost, auch Solidarpakt genannt, noch bis 2019 fortgeführt werden. Wird man dies durchhalten können?

Seit einigen Jahren verfällt die Infrastruktur in bestimmten Regionen der Altbundesrepublik. Im ehemaligen niedersächsischen Zonenrandgebiet stehen für die Unterhaltung

**WER DIE MÄRCHEN ÜBER DIE SO SICHEREN
RENTEN NICHT GEGLAUBT HAT,
KANN SICH HEUTE GLÜCKLICH SCHÄTZEN**

ten müssen, unter Vernachlässigung ihrer bisherigen grenzüberschreitenden Aktivitäten.“

Nur am Rande sei vermerkt, daß für Scharfsinnige schon heute eine Tendenz zur Verelendung von bestimmten Schichten, sowohl in den Großstädten als auch auf dem Lande, und hier vor allem in den östlichen Regionen, erkennbar wird.

In den mitteleuropäischen Bundesländern werden die Kennzeichen der Armut bei den Menschen eher

Fortsetzung auf Seite 4

Deutsch-polnische Beziehungen:

EIGENSTÄNDIGE KOMMUNALE AUSSENPOLITIK

Bernd HINZ über die Erfolge der Heimatvertriebenen hinsichtlich der Völkerverständigung und der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Heimat

Bis 1989/1990 haben viele deutsche Heimatvertriebene im Wege eines Heimat-tourismus ihre Herkunftsgebiete besucht und Kontakte zu den dort lebenden Polen geknüpft und dabei unter anderem in den schwersten Augenblicken der Krise und des Kriegszustandes in Polen 1981 durch Paketaktionen große humanitäre Hilfe geleistet.

Ungeachtet dessen herrschte von 1945 bis 1989/90, also ungefähr 45 Jahre, in der polnischen Öffentlich-keit durch die Flut der Propaganda über die deutsche Gefahr und insbeson- dere über den Revisionis- mus und Revanchismus der deutschen Heimatvertriebenen ein nachhaltig feindseliges Vertriebenen- bild. Ausschlaggebend hierfür war der innenpolitische Nutzen, da das Gespenst des deut- schen Revisionismus ein soziotech- nisches Instrument war, um das Volk an die kommunistische Herr- schaftselite zu binden, vom totalitä- ren stalinistischen Regime abzulen- ken sowie die Ursachen wirt- schaftlicher und gesellschaftlicher Krisen in Polen zu verschleiern, aber auch antisozialistische Ten- denzen einzudämmen. (So Jerzy Kolacki, Die Tätigkeit der Vertrie- benen aus polnischer Sicht.)

**VOR ALLEM DIE HEIMATKREISGEMEINSCHAFTEN
LEISTEN HUMANITÄRE UND
KULTURELLE HILFE IN DER HEIMAT GELIESTET**

Im Rahmen ihrer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit mit den Bürgern ihrer Heimatgebiete haben die Heimatkreisgemeinschaften und die sie unterstützenden ostdeut- schen Landsmannschaften ein um- fangreiches Paket von Maßnahmen im humanitär-sozialen und im kul- turellen Bereich geschnürt.

So haben im humanitär-sozialen Bereich die Vertriebenenorganisa- tionen in den Heimatgebieten durch umfangreiche humanitäre Hilfsmaß- nahmen dazu beigetragen, den heu- te dort lebenden Menschen bei der Entwicklung neuer Lebensperspek- tiven zu helfen und einen Beitrag zur Stabilisierung des Gebietes zu leisten. Die Heimatkreisgemein- schaften zahlen aus eigenen Mitteln und mit Hilfe der seit den 50er Jah- ren bestehenden Sozialwerke der Landsmannschaften Gelder an hilf- bedürftige Deutsche aus und organi- sieren Hilfstransporte, die ausschließ- lich aus Spenden finanziert und von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt werden.

Des weiteren organisieren die Heimatkreisgemeinschaften Hilfen für Krankenhäuser, Kinderheim- e und Altenwohnstätten. Sie reichen auch Apotheken ein. Außerdem tei- len sich inzwischen viele ost- deutsche Heimatkreisgemeinschaften an der Unterhaltung von Sozial- stationen in der Republik Polen, die mit Hilfe der Anschubfinanzierung durch das BMI eingerichtet werden konnten und die Anlaufstellen für hilfsbedürftige, kranke, alte und schwache Menschen sind, die dort Rat und direkte Hilfe erhalten und um häusliche Pflege nachsuchen können.

Durch diese Arbeit werden Men- schen erreicht, die aufgrund der schlechten medizinischen Versor- gung im polnischen Staat häufig jah- relang in großem Elend leben muß- ten. Die Sozialstationen gewähr- leisten die medizinische Versorgung für viele in den Oder-Neiße-Gebie- ten lebende Personen. Jede an einer Sozialstation beteiligte ostdeutsche Heimatkreisgemeinschaft steuert jährlich erhebliche Geldmittel zur Unterhaltung der Station bei. Inse- geme ist anzumerken, daß die Sozialstationen für alle dort leben- den Menschen segensreich sind und gerade bei den Polen einen aus- gezeichneten Ruf genießen.

Im kulturellen Bereich gehört zu den zukunftsorientierten Wirken der ostdeutschen Landsmannschaf- ten mit ihren Heimatkreisgemein- schaften, daß noch vorhandene Baudenkmal- als Zeugnisse deut- scher Kultur wieder hergestellt beziehungsweise vor weiteren Schä-

den und Verlusten bewahrt und gesichert werden. Im Bereich des Denkmalschutzes liegen die Schwerpunkte auf den Gebieten der Wiederherstellung alter Bausub- stanz und der Restaurierung von Friedhöfen.

Die Heimatkreisgemeinschaften möchten in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften in der Republik Polen alle Anstrengungen unterneh- men, die historische Kontinuität der kommunalen Gebietskörperschaft mit ihren alten Bauten und Baustrukturen durch Verschönerungs- und Rekonstruktionsmaßnah- men sichtbar und erleb- bar zu gestalten.

Das ist eine große und schöne Aufgabe. Europa, Deutschland und Polen haben einen Gewinn, wenn die jeweilige Gebietskörperschaft in den Oder-Neiße-Gebieten der Republik Polen ihr eigenes Gesicht mit ihren bedeutenden Kulturdenkmälern einbringt, die ihre reiche Geschichte mit Höhen und Tiefen zeigt. Damit wird in der Öffentlichkeit auch ein vielbe- achtetes Zeichen der Identifikation mit dem historischen Erbe und dem Erhalt heimatlicher Identität gesetzt.

Zwischen dem Heimatkreise- gemeinwesen und den füh- renden kommunalen polni- schen Repräsentanten, aber auch mit Vertretern von Vereinen und Schulen besteht in der Regel eine gute, zum Teil sehr enge Zusammenarbeit. Es finden regelmäßige Treffen beziehungsweise Arbeitsbe- suche statt, die einem inten- siven Meinungs- und Informationsaustausch sowie der Besprechung gemeinsamer zukünftiger Projekte dienen. Darüber hinaus besuchen führende polnische Man- datsträger häufig die Heimat- kreise der Heimatkreise- gemeinschaften, im Gegenzug werden Vertreter der Hei- matkreise zu Stadtfesten, Stadtfestivals und besonde- ren kulturellen Veranstaltun- gen in die Heimatgebiete eingeladen.

In der Republik Polen sind ge- meinsame Zeitungs- und Fernseh- interviews sowie die Übertragung der Reden der Vorsitzenden der Heimatkreisgemeinschaften bei Festakten und die Einbeziehung der Heimatkreisgemeinschaften bei der Herausgabe einer Festschrift im Rahmen der kommunalen Partner- schaft Ausdruck einer besonderen Form der Kontakte.

Eine besondere offiziell-feierliche Form der Kontakte stellen die inzwi- schen 15 Partnerschaftsverträge mit dem Austausch von Partnerschafts- urkunden zwischen Heimatkreise- gemeinschaften als Vertriebenenorga- nisationen und polnischen Gebiets- körperschaften dar. Alle bereits seit vielen Jahren in der Zusammenar- beit praktizierten kommunalen Auf- gabenbereiche sind in den operati- ven Teil der Partnerschaftsurkunde aufgenommen worden.

Es handelt sich hierbei um

• Förderung der Gebietskörperschaft durch Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus

• Hilfe im sozial-humanitären Bereich

• Jugendaustausch

• Arbeitsbesuche und Arbeits- treffen.

Der Partnerschaftsvertrag hat als hochpolitischer Vertrag für den Bund der Vertriebenen, die ostdeut- schen Landsmannschaften und die deutschen Heimatvertriebenen folgende sehr hoch zu veranschlagen- de Vorteile:

1. Die ostdeutsche Heimatkreise- gemeinschaft wird als Vertriebenen- organisation durch diesen Vertrag von gleichberechtigten Partnern als ideale Gebietskörperschaft von den Polen akzeptiert und respektiert.

2. Die Einbeziehung des deut- schen Vereins in den Text des Part- nerschaftsvertrages und in ein dichtes Netz von gemeinsamen Maß- nahmen mit der polnischen Seite bedeutet für die deutsche Volks- gruppe eine sichtbare Aufwertung in der Öffentlichkeit.

3. In den Partnerschaftsverträgen mit deutschem und polnischem Text gewinnt der historische deutsche Name der Gebietskörperschaft neben den heutigen polnischen Be- zeichnungen wieder an Bedeutung und Aktualität.

4. Durch diesen engen Kontakt zu den Heimatgebieten in vertrauens- voller Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen und Verwal- tungen wird die fortwirkende Ver- bindung der Vertriebenen mit der Heimat dokumentiert.

5. Des weiteren leisten die vielfältigen part- nerschaftlichen, grenzüber- schreitenden Aktivitäten Beiträge dafür, daß die hi- storischen Ostprovinzen als geisti- ger Begriff im öffentlichen Bewußt- sein in der Bundesrepublik und in der Republik Polen auch in Zukunft weiterleben.

gen zwischen den Heimatkreise- gemeinschaften und den polnischen Gebietskörperschaften habe ich den kommunalpolitischen Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem BdV initi- iert und inhaltlich konzipiert. Dieser Kongreß soll einem fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaus- tausch dienen, der der Erörterung, Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit und der gemein- samen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Euro- pa Rechnung trägt. Dabei geht es um die Konzentration und Ausrichtung der gemeinsamen Kräfte auf er- reichbare Ziele. Unsere gemein- samen Interessen sollen durch die Bündelung und Koordination der gesamten deutschen Außenpolitik, für die die Heimat- gebiete der Vertriebenen kein The- ma sind, empfunden werden.

Es ist bisher einem linksradikalen Publizisten vorbehalten geblieben,

gen zwischen den Heimatkreise- gemeinschaften und den polnischen Gebietskörperschaften habe ich den kommunalpolitischen Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem BdV initi- iert und inhaltlich konzipiert. Dieser Kongreß soll einem fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaus- tausch dienen, der der Erörterung, Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit und der gemein- samen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Euro- pa Rechnung trägt. Dabei geht es um die Konzentration und Ausrichtung der gemeinsamen Kräfte auf er- reichbare Ziele. Unsere gemein- samen Interessen sollen durch die Bündelung und Koordination der gesamten deutschen Außenpolitik, für die die Heimat- gebiete der Vertriebenen kein The- ma sind, empfunden werden.

Erfolge in unserer Arbeit in der Heimat zurückblicken. In den berei- tigten kommunalen Aufgabenbereichen haben wir gemein- sam gute Arbeit geleistet. Die Beziehungen auf kommunaler Ebene haben sich zu einer engen ver- trauensvollen Zusammenarbeit ge- formt. Die polnischen Partner haben insbesondere in den beiden letzten Jahren wichtige politische symbolische Zeichen gesetzt, indem sie mehrere maßgebliche Vertreter der Vertriebenenverbände mit der Verleihung von Ehrenbürgerrechten oder anderen hohen kommunalen Auszeichnungen geehrt und damit gewürdigt haben, daß sich diese Persönlichkeiten in besonderer Weise um das Miteinander verdient gemacht haben.

Unsere Politik des Dialogs und der ausgestreckten Hand ist seit mehreren Jahren von Ideen- und Konzeptionsreichtum geprägt. Sie hat die deutschen Heimatvertriebenen unter Beibehaltung und Betonung ihrer wichtigen politischen Anliegen gegenüber dem polni- schen Nachbarn im wesentlichen zu einem im kommunalen Bereich in der Republik Polen akzeptierten Partner gemacht. Sie hat aber auch in der Bundesrepublik Deutschland die von maßgeblichen politischen Kräften angestrebte Isolation der Vertriebenen scheitern lassen.

Die deutschen Heimatvertriebenen arbeiten nämlich mit vielen ge- sellschaftspolitischen Verbänden und Gruppen zusammen, wie unter anderem den kommunalen Spitzen- verbänden in der Bundesrepublik Deutschland, pflegen gute Kontakte zu großen Sozialverbänden wie dem Lazarus-Hilfswerk und der Johanniter-Unfall-Hilfe. Sie führen einen Meinungs- und Gedankenaustausch mit bedeutenden Vertretern des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages.

Entgegen der Meinung von Markus Mildenberger in seinem Beitrag „Die Rolle der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen – Brücke oder Barriere?“ im Deutsch- land-Archiv 3/2000 haben die deut-

schen Heimatver- triebenen an poli- tischer Bedeutung gewonnen. Der von ihnen auf kommunaler Ebene beschrittene Weg des „Wandel durch Dialog“, der sich durch Offenheit, Ehrlichkeit und nüchterne Bestandaufnahme auszeichnet, führt zur politischen Anerkennung der deutschen Heimatvertriebenen in der Republik Polen und ermög- licht Diskussionen über die Anliegen und Positionen der Vertriebenen sowie Lösungen der offenen Fra- gen. Dabei plädiere ich für eine Politik des gegen- seitigen Gebens und Nehmens, die nicht nur auf ökonomische Bereiche beschränkt sein soll, sondern auch die ideellen Bereiche erfassen soll.

Dabei wäre es wünschenswert, wenn der Geist der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der kom- munalen Arbeit mit dazu beitragen könnte, daß in Zukunft für die Hei- matgebiete der deutschen Heimat- vertriebenen auch Regelungen ge- funden werden, die auf der Grundlage von Recht und Wahrheit zu tragfähigen und zukunftsfähigen Lösungen führen und die von beiden Seiten akzeptiert werden können.

Hierzu bedarf es im Rahmen eines intensiven Dialogs mit den polni- schen kommunalen Mandatsträgern des Ausbaus der Kontakte auf kom- munalen Ebene, um die Partner- schaft in der polnischen Bevölke- rung noch stärker bewußt zu machen. Chancen müssen aufge- zeigt, Ängste und Befürchtungen, die zumeist auf Unwissenheit beruhen, durch Information und Aufklärung abgebaut werden. Es geht darum, ei-

nen Geist des Vertrauens und der Zusammenarbeit zu schaffen, der voranbringt und weiterträgt. Beide Seiten müssen gemeinsame Positi- onen und Interessen definieren.

Zur Vertiefung der deutsch-polni- schen Zusammenarbeit wollen wir strategische Ziele für eine gemeinsame Bewältigung politischer Zukunfts- aufgaben ins Auge fassen. Zu unser- em Grundverständnis gehört hier- bei die gleichberechtigte Position der deutschen Heimatvertriebenen in der Heimat.

Wir befinden uns auf einem guten Weg. Mit den Mitteln der Diploma- tie haben wir das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte die wirkliche Chance, den Geist und Inhalt des europäischen Passus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu verwirklichen, nämlich die Schaf- fung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können und in dem das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirk- licht wird. ■



Bernd Hinz: Der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen ist vor allem für Fragen der Kommunalpolitik und der EU-Osterweiterung zuständig Foto: Archiv



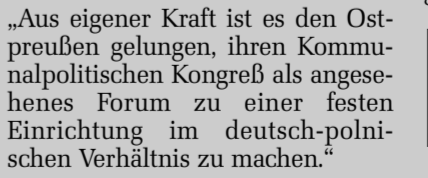
Wollen die Zukunft Europas mitgestalten: Mitglieder des 2. Bundeskongresses des Bundes der Vertriebenen in Lübeck-Travemünde Foto: DOD

IMMER STÄRKER WAHRGENOMMEN

Resonanz der Medien auf die Arbeit der Landsmannschaft

Die Medien-Resonanz auf die neue eigenständige kommunale Außenpolitik der Landsmannschaft Ostpreußen ist beachtlich. Dies belegen nachfolgend auszugswise zitierte Presseberichte über den Kommunalpolitischen Kongreß der LO und über die steigende Zahl der offiziellen Partnerschaftsverträge:

„die solideste Brücke“ zwischen Deutschen und Polen zu bauen – eine Geste von hochoffizieller Seite.“



„Das polnische Fernsehen war angereizt, ein Flötenträutlet musizierte, und Staatspräsident Aleksander Kwasniewski wünschte gutes Gelingen – reichlich Aufwand für einen kommunalpolitischen Kongreß, wie er vergangene Oktober in Elblag, dem früher

ostpreußischen Elbing, stattfand. Drei Tage lang berieten dort Spitzenvertreter von Städten und Gemeinden aus dem Oder-Neiße-Raum überregionale Themen und die EU-Osterweiterung. Das Bemerkenswerteste daran: Deutsche Vertriebene von der Landsmannschaft Ostpreußen hatten die Tagung organisiert.“



„Durchbruch gelungen – für nicht-betroffene Zuhörer wurde [auf dem Zweiten Kommunalpolitischen Kongreß in Elbing] schnell sichtbar, daß hier eine Diskussion zwischen führenden Funktionsträgern der Menschen zweier Völker aus einer Region geführt wurde, die nur dadurch emotional verkraftbar bleiben konnte, weil die diskutierenden Parteien partnerschaftlich bereits ein Miteinander verbunden waren.“

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen
Der Bundesvorstand
Redaktion:
Bernhard Knapstein
Hans-Jürgen Mahlitz
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
Tel. 040/414008-0
Fax 040/41400848
E-Mail:
knapstein@lm-ostpreussen.de
www.preussische-allgemeine-zeitung.de
Hamburg, März 2003

VOR UNS DIE SCHWEREN JAHRE ...

Fortsetzung von Seite 1

von Landesstraßen, Kreisstraßen, Bahnkörpern und Schulen schon lange nicht mehr ausreichende Mittel zur Verfügung. Auch dies ist ein Beispiel für unsere prekäre Finanzsituation auf der kommunalen Ebene.

Gleichwohl versprechen die Politiker eine ganze Wundertüte neuer Wohltaten. Mehr Leistungen für die Familien, mehr Geld für die Ausländerintegration, neue und bessere Ausstattung für die Schulen, mehr Lehrer, Ganztagsbetreuung, Sprach- und Fremdsprachenunterricht in den Kindergärten, PC und Internetanschluß auch schon in den Grundschulen. Jeder, der ein wenig die Nachrichten aus der Arbeits- und Wirtschaftswelt und der Kommunalpolitik verfolgt, weiß, daß aus finanziellen Gründen nichts von allem eingelöst werden kann.

Damit sind wir beim eigentlichen Kern unserer Probleme. Es ist unsere geistige Verwirrung, unser verwirrtes Denken. Es ist unsere Unfähigkeit, unser Handeln in der Politikgestaltung nach ethisch-moralischen und vernünftigen Kriterien auszurichten. Die Krise der Gegenwart ist nicht primär eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist vor allem eine geistig-moralische Krise. Zu ihrer Überwindung bedarf es einer allgemeinen Umorientierung und einer geistigen Führung durch die Repräsentanten der Verfassungsorgane und der Eliten in Wirtschaft und Verbänden. Ohne die Überwindung der gesellschaftlich-moralischen Krise werden wir auch unsere wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nicht meistern, sondern höchstens kurzfristig überdecken können. Der vormalige Bundeskanzler Kohl hatte dies bereits vor 20 Jahren bei seinem Regierungsantritt erkannt und deshalb die geistige Wende versprochen. Versprochen und gebrochen. Dies gilt für Rot-Grün, und dies galt auch für die christlich-liberale Regierungskoalition von 1982 bis 1998. Die derzeitigen Finanznöte der Regierungskoalition sind ja zu einem großen Teil ein Erbe der Kohl-Regierung. Sie sind das Ergebnis eines

verwirrten Denkens, das sich nicht am Gemeinwohl orientiert, sondern danach trachtet, den Erwartungen der eigenen Wählerklientel gerecht zu werden.

Das deutsche Volk zerfällt mehr und mehr in gesellschaftliche Gruppen, deren Egoismen den Blick für das Allgemeinwohl verstellen. Das in unserem Land praktizierte System der Bedienung von Gruppeninteressen wirkt als Zentrifugalkraft gegen das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Gemeinschaftsinteresse. Der überzogen praktizierte Föderalismus verstärkt diese Tendenz. Die Verwirrung im Denken zeigt sich bei der Gesetzgebung und den Festsetzungen des Bundeshaushaltes. Die Homo-Ehe ist ein gezielter Hieb gegen die seit Jahrhunderten bewährte Institution Ehe. Das Zuwanderungsgesetz begrenzt entgegen den Aussagen der rot-grünen Repräsentanten eben nicht die Zuwanderung, sondern erlaubt durch großzügige Nachzugsregelung weitere Zuwanderung.

Hatte nicht auch Schily davon gesprochen, daß das Boot voll sei?

Wir haben 4,5 Millionen Arbeitslose. Gleichwohl wird wider besseres Wissen behauptet, auch von führenden Wirtschaftsvertretern, wir bräuchten Zuwanderung, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Wir wissen, daß die Zuwanderung nicht dem Arbeitsmarkt zugute kommt, weil die Mehrheit der Zuwanderer nicht qualifiziert ist. Die Zuwanderer belasten fast ausschließlich die Sozialkassen.

Im Haushalt ist die Förderung der Vertriebenenkultur drastisch reduziert worden, und mit dem Bundeswehretat kann die Bundeswehr



Gefragter Gesprächspartner: Der Autor dieses Grundsatzartikels, Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen – hier bei einem Interview mit dem russischen Staatsfernsehen.
Foto: Blotkamp

nicht mehr ausreichend finanziert werden. Gleichzeitig erhalten Randgruppen, Frauenprojekte, fragwürdige Auslandseinrichtungen eine großzügige Finanzierung, und es wird immer noch viel Geld für überflüssige Subventionen bereitgestellt.

Unser verwirrtes Denken zeigt sich auch bei den gesellschaftlichen Gruppen. Die Maßlosigkeit einzelner Gewerkschaftsvertreter wurde bereits angesprochen.

Die verfaßte evangelische Amtskirche hat ihre zentralen Aufgaben aus dem Blickfeld verloren. Seelsorge im eigentlichen Sinne, Verkündigung der frohen Botschaft, Vermittlung von Heilsgewißheit, Aufruf zur Buße und die Bewusstseinsklärung anhand der Zehn Gebote findet in der EKD nur noch graduell statt. Die Mehrheit der evangelischen Pastoren versteht sich als Sozialingenieure. Gesellschaftsverändernde Maßnahmen haben Priorität. Beispiele wie die Segnung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und die Propagierung der multikulturellen Gesellschaft, Kirchenasyl und blasphemische Veranstaltungen bei Kirchentagen bedürfen keiner Kommentierung. Zehntausende empfinden die evangelische Kirche nicht mehr als ihre geistliche Heimat und treten aus. Jüngstes Beispiel ist die BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Hört man Richtungsweisendes aus der EKD zur Sekten-

entwicklung in unserem Land? Haben die Leitungsgremien der Protestanten sich jemals massiv für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt?

Glücklicherweise trifft diese Zustandsbeschreibung noch nicht für alle evangelischen Kirchengemeinden zu. Blühendes protestantisches Gemeindeleben auf der Grundlage der lutherischen Reformation finden wir heute umfassend in der kleinen selbständigen evangelisch-lutherischen Kirche (SELK).

Unser verwirrtes Denken zeigt sich auch im öffentlichen Diskurs. Unsere eigentlichen Probleme werden nicht wirklich thematisiert. Gravierende Defizite in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz oder teilweise tabuisiert. Das einzige Thema, das nicht tabuisiert wird, ist die Sexualität mit allen Teilbereichen und Obszönitäten. Mit Randthemen wird versucht, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Seit Jahren wird mit hohem finanziellem Einsatz ein Kreuzzug gegen den Rechtsextremismus geführt. Der Bundestagspräsident zählt gar alle rechts von der politischen Mitte stehenden Menschen mit zu den Extremisten. Die zunehmende brutale Gewalt an den Schulen, die Wohlstandsverwahrlosung vieler Kinder und Jugendlicher, das Scheitern vieler junger Menschen hinsichtlich des Berufs- und Bildungsabschlusses ist hingegen kaum ein Thema. Die Bluttat von Erfurt und die verschiedenen Attentate von Schülern an Lehrern beleuchten schlaglichtartig den Zustand in Teilen der jungen Generation.

Seit Jahrzehnten wird die hohe Ausländerkriminalität in unserem Lande tabuisiert. Sie paßt nicht in die Scheinwelt der Multikulti-Propagandisten. Durch massenhafte Einbürgerung versucht man, dieses

Problem vom Tisch zu bekommen. Vor Weihnachten berichteten einige Regionalzeitungen in einer kleinen Notiz von einer grauenhaften Bluttat in Hamburg, bei der unter anderem auch ein Behinderter Opfer wurde. Täter sei, so wurde berichtet, ein in der Türkei geborener Deutscher. Wie wäre wohl berichtet worden, wenn dieses Verbrechen von einem deutschen Täter an einem behinderten Ausländer verübt worden wäre?

Die geistig-moralische Krise, die sich wie ein Krebsgeschwür bei Menschen und Institutionen eingenistet hat, gefährdet den Fortbestand Deutschlands als demokratisches Gemeinwesen und als große Kulturnation in Europa. Sie zu überwinden sind alle aufgerufen. Dazu bedarf es einer allgemeinen Umorientierung hin zu den auf christlichen Grundsätzen basierenden preußischen Tugenden. Dazu bedarf es geistiger Führung durch die politischen und gesellschaftlichen Eliten. Auf die besondere Verantwortung der Medien-

OHNE SCHONUNGSLOSE
DIAGNOSE IST
KEINE HEILUNG MÖGLICH

schaffenden bei diesem Umorientierungsprozeß sei hingewiesen. Dazu bedarf es, um ein Wort des früheren Bundespräsidenten Karl Carstens aufzugreifen, der Wiedergewinnung der transzendentalen Dimension, also der Rückbesinnung auf die eigentlichen Grundlagen des christlichen Abendlandes.

Zur Überwindung der geistigen Krise bedarf es des Mutes zur Wahrheit. Am Anfang der Therapie zur Heilung unseres verwirrten Denkens muß eine wahrheitsgetreue, schonungslose Diagnose stehen. Das bereits ist der erste Schritt zur Besserung.

Die Flutkatastrophe des Jahres 2002 hat gezeigt: Die Deutschen besitzen immer noch viel Idealismus, Hilfs- und Opferbereitschaft, Einsatzwillen, Gemeinschaftssinn und Selbstdisziplin. Mit diesen Eigenschaften lassen sich auch wirtschaftlich schwere Jahre durchstehen. Eine Erkenntnis, die zuversichtlich nach vorne blickt läßt Zuversicht erhält die Zukunft. ■

WIR MÜSSEN UNSERE
MORALISCHE
KRISE ÜBERWINDEN ...

Königsberg wird ein Enklavendasein auf EU-Territorium fristen, sobald Polen und Litauen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden sind. Letzteres ist nunmehr beschlossene Sache und wird wohl im Mai 2004 Realität werden.

Die Brisanz der Insellage des Königsberger Gebietes bleibt unter Berücksichtigung der nationalen Interessen Rußlands trotz der zwischen Brüssel und Moskau getroffenen Transitregelungen bestehen.

Die Memel als Grenzfluß, der ins Kurische Haff mündet, wird weiterhin ökologisch belastet sein. Die Diskrepanz der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Königsberger Gebiet einerseits und in den Beitrittsländern andererseits wird weiter wachsen.

Dazu der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg: „Den Ostpreußen ist die Zukunft des Königsberger Gebietes ein wichtiges Anliegen. Wir beteiligen uns seit zehn Jahren an dem Wiederaufbau der Region. Unsere Kreisgemeinschaften sind den entsprechenden russischen Gebietskörperschaften partnerschaft-

lich verbunden, was die gemeinsamen Anstrengungen im wirtschaftsfördernden und humanitären Bereich zusätzlich unterstützt.

Für das Königsberger Gebiet fordern wir eine ganzheitliche Lösung. In diesem Zusammenhang ist es ebenso dringlich, daß die Bundesregierung dem Beispiel Schwedens, Dänemarks und Polens nacheifert und endlich auch für Deutschland ein Konsulat in Königsberg einrichtet! Die Bereitschaft der russischen Gebietsverwaltung dazu ist vorhanden.“

Historisch, aber auch gegenwärtig steht das Königsberger Gebiet mit dem Memelland und dem südlichen Ostpreußen in einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Symbiose. Daran ändern auch die künftigen Schengener Grenzen nichts. Die deutsche Kulturlandschaft, die in Oberland, Ermland und Masuren noch sichtbar und im Königsberger Gebiet wie auch im Memelland in jedem

Fall vorhanden ist, könnte für die Region eine Klammer sein. Zu denken wäre an die Bildung einer offiziellen Euroregion „Prussia“, die geographisch mit Ostpreußen übereinstimmt, wenn die Gebietskörperschaften des litauischen Landkreises an der Memel und die polnische Wojewodschaft Ermland und Masuren berücksichtigt werden.

Die EU könnte die strukturschwache Region in besonderem Maße in Fragen der Wirtschaft, Infrastruktur und Ökologie fördern und sich gleichzeitig dabei um eine Lösung des Vertriebenenproblems bemühen.

Für die Öffnung Königsbergs gegenüber der EU bei gleichzeitigem Ausbau der Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung könnte Brüssel Moskau etwa ständiges Sitz- und Antragsrecht, gegebenenfalls auch ein auf Königsberger Belange beschränktes Stimmrecht im Rat anbieten. Selbst die russische

Ostseeflotte könnte in Pillau verbleiben. Von ihr geht für die EU keine Gefahr aus. Moskau bekäme sein Tor nach Westen und könnte seinen Einfluß auf die EU ausbauen und somit auch außenpolitisch sein Gesicht wahren.

Polen erhielte im Rahmen des Gesamtkonzepts für die Euroregion einen infrastrukturellen Ausbau seiner faktischen „Armenregion“ Ermland/Masuren. Zu denken ist hier an den Ausbau der touristischen Zentren, der Zubringerautobahnen und Bahnstrecken sowie den Ausbau des Flughafens von Allenstein.

Litauen, als schwächstes Glied der drei baltischen Staaten, könnte sich auf diesem Wege seinen wirtschaftlichen Anschluß sichern. Indem etwa die Schwerpunkte Warenumschlag und Tourismus zwischen dem Königsberger und dem Memeler Hafens aufgeteilt werden, würde das konkurrierende Verhältnis zwischen den Ostsee-

häfen entschärft werden. Landschaftlich-ökologische Konzepte für die beiden Nehrungen und Haffs sowie den bisherigen Grenzfluß Memel könnten einheitlich innerhalb der Euroregion „Prussia“ geregelt werden.

Ostpreußen würde seine Teilung auf dem Gebiet der Ökonomie und der Ökologie langsam überwinden. Die Ostpreußen unterstützen dabei den Aufbau ihrer Heimat und fördern damit die europäische Integration. Die Stärkung der Infrastruktur Ostpreußens hängt nicht zuletzt auch von seiner Besiedlung und Bewirtschaftung ab; beides ist erforderlich. Zu denken ist in diesem Zusammenhang etwa an günstige Kaufkonditionen für Vertriebene, die in das Land ihrer Väter zurückkehren möchten und die Eigenheiten des Landes kennen.

Ein solcher Weg würde zwar den Heimatvertriebenen keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber im Vergleich zu anderen bisherigen Lösungsansätzen in der Königsberg-Frage wäre er für Ostpreußen und für Europa doch bereit sein Schritt in eine bessere Zukunft.
Bernhard Knapstein

EUROREGION »PRUSSIA«?

Europäischer Lösungsansatz für die künftige EU-Enklave Königsberg